

Grenzänderungsvertrag
zwischen der Stadt Oberursel (Taunus)
und der Gemeinde Weißkirchen (Taunus)

Die Stadt Oberursel (Taunus), vertreten durch den Magistrat, dieser wiederum vertreten durch

Bürgermeister Heinrich Beil und
Ersten Beigeordneten und Stadtkämmerer Karlheinz Pfaff

und

die Gemeinde Weißkirchen (Taunus), vertreten durch den Gemeindevorstand, dieser wiederum vertreten durch

Bürgermeister Albert Jung und
Ersten Beigeordneten Heinz Fronapfel

schließen in Ausführung der Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Oberursel (Taunus) vom 21.12.1971

und

der Gemeindevertretung der Gemeinde Weißkirchen (Taunus) vom 13.10.1971 und 20.12.1971 gemäß den §§ 16 bis 18 der Hessischen Gemeindeordnung vom 25.02.1952 in der derzeit geltenden Fassung den folgenden

Grenzänderungsvertrag:

§ 1

Eingliederung, Stadtteilbezeichnung, Rechtsfolgen

- (1) Die Gemeinde Weißkirchen (Taunus) wird spätestens zum 01.07.1972 in die Stadt Oberursel (Taunus) eingegliedert und führt ab diesem Zeitpunkt den Namen „Stadt Oberursel (Taunus) - Stadtteil Weißkirchen“. Der Stadtteil Weißkirchen bildet einen Ortsbezirk. Eine Neuwahl findet nicht statt.
- (2) Die Stadt Oberursel (Taunus) wird mit dem Tage der Eingliederung Rechtsnachfolgerin der Gemeinde Weißkirchen (Taunus).
- (3) Soweit für Rechte und Pflichten der Einwohner die Wohn- oder die Aufenthaltsdauer maßgebend ist, werden die unmittelbar vor dem Eingliederungstag in der bisherigen Gemeinde Weißkirchen (Taunus) liegenden Zeiten hinzugerechnet. Für juristische Personen gilt diese Regelung sinngemäß.

§ 2

Ortsrecht

- (1) Das Ortsrecht der Stadt Oberursel (Taunus) gilt ab 01.01.1974 auch im Stadtteil Weißkirchen. Bis zu diesem Zeitpunkt bleibt im Stadtteil Weißkirchen das Ortsrecht der seitherigen Gemeinde Weißkirchen (Taunus) bestehen.
Diese Grundsätze gelten, soweit dieser Vertrag nicht abweichende Bestimmungen enthält.
- (2) Im Gebiet des Stadtteils Weißkirchen bleibt die Hauptsatzung der ehemaligen Gemeinde Weißkirchen (Taunus) bezüglich der von der Eingliederung nicht betroffenen Satzungsteile über den Eingliederungstag hinaus bis zum Inkrafttreten einer neuen Hauptsatzung der Stadt Oberursel (Taunus), längstens bis zum 31.12.1973, bestehen.
- (3) In die Bekanntmachungsbestimmung der neuen Hauptsatzung soll eine Regelung über Hinweise an Bekanntmachungstafeln entsprechend dem § 5 Abs. 3 der zur Zeit geltenden Hauptsatzung der Stadt Oberursel (Taunus) aufgenommen werden. Der Ortsbeirat schlägt die Standorte für die in diese Regelung aufzunehmenden Hinweistafeln vor.

§ 3

Ortsbeirat

- (1) Für den Stadtteil Weißkirchen wird mit dem Tag der Eingliederung ein Ortsbeirat geschaffen. Bis zur Wahl des Ortsbeirates besteht dieser aus den zur Zeit der Eingliederung amtierenden Mitgliedern der Gemeindevertretung und des Gemeindevorstandes.
- (2) Die Zahl der Mitglieder des Ortsbeirates Weißkirchen wird - unbeschadet der Übergangsregelung des Abs. 1 - auf neun festgelegt, sofern nicht eine künftige gesetzliche Regelung eine höhere Zahl zulässt.
- (3) Aufgaben und Zuständigkeiten des Ortsbeirates richten sich nach den gesetzlichen Bestimmungen.
- (4) Für die Zeit vom Tage der Eingliederung bis zur Wahl des Ortsbeirates entsendet dieser aus seiner Mitte je einen Vertreter der im Ortsbeirat vertretenen Parteien und Wählergruppen mit beratender Stimme zu den Sitzungen der Organe der Stadt Oberursel (Taunus). Hat ein Vertreter des Ortsbeirates eine gegenüber der Mehrheit des jeweiligen Organs abweichende Meinung, kann er verlangen, dass seine Auffassung in der Niederschrift festgehalten wird.
- (5) Die Mitglieder des Ortsbeirates erhalten Aufwandsentschädigung und Auslagenersatz wie die Stadtverordneten der Stadt Oberursel (Taunus).

§ 4

Außenstelle der Verwaltung

- (1) Im Bereich der bisherigen Gemeinde Weißkirchen (Taunus) wird mit dem Tage der Eingliederung eine Außenstelle der Stadtverwaltung Oberursel (Taunus) eingerichtet. Hier finden regelmäßig Sprechstunden statt, deren Umfang den jeweiligen Bedürfnissen der Einwohner Rechnung tragen muss. Die Außenstelle der Verwaltung kann nur mit Zustimmung des Ortsbeirates aufgehoben werden.

- (2) Der Außenstelle werden Aufgaben übertragen, die aus Gründen der Zweckmäßigkeit, der Verwaltungsvereinfachung oder einer möglichst nahen Verbindung mit den Einwohnern von dort zu erfüllen sind. Die Einheit der Verwaltung darf hierdurch nicht gefährdet werden.
- (3) In der Außenstelle sind vorzugsweise Bedienstete der bisherigen Gemeinde Weißkirchen (Taunus) zu beschäftigen.

§ 5

Dienstrecht

Die Bediensteten der bisherigen Gemeinde Weißkirchen (Taunus) werden vom Tage der Eingliederung an unter Wahrung ihres Besitzstandes in den Dienst der Stadt Oberursel (Taunus) übernommen.

§ 6

Ortsgericht, Schiedsmann, Jagd, Standesamt

- (1) Die Stadt Oberursel (Taunus) wird sich darum bemühen, dass der Stadtteil Weißkirchen eigener Ortsgerichtsbezirk, eigener Schiedsmannbezirk und eigener Jagdbezirk bleibt.
- (2) Für das gesamte Stadtgebiet der Stadt Oberursel (Taunus) wird ein einheitlicher Standesamtsbezirk gebildet.

§ 7

Soziale und kulturelle Einrichtungen, Vereine

Die im Stadtteil Weißkirchen bestehenden sozialen Einrichtungen und die Vereine sowie die Durchführung heimatpflegerischer und kultureller Veranstaltungen werden in gleicher Weise wie die entsprechenden Einrichtungen, Vereine und Veranstaltungen im übrigen Stadtgebiet gefördert. Hierbei ist sicherzustellen, dass gegenüber dem bisherigen Förderungsumfang keine Verschlechterung eintritt, es sei denn, dass die Haushaltssituation dazu zwingt.

§ 8

Feuerwehr

- (1) Die Aufgaben nach dem Brandschutzhilfeleistungsgesetz (BrSHG) vom 05.10.1970 werden von der öffentlichen Einrichtung „Freiwillige Feuerwehr der Stadt Oberursel (Taunus)“ einheitlich für das gesamte Stadtgebiet wahrgenommen.
- (2) Die derzeitige Freiwillige Feuerwehr Weißkirchen (Taunus) bleibt nach der Eingliederung als Teil der öffentlichen Einrichtung „Freiwillige Feuerwehr der Stadt Oberursel (Taunus)“ im Gebiet des Stadtteils Weißkirchen als Löschzug bestehen.
- (3) Dieser Löschzug wird aufgrund der Verpflichtung der Stadt Oberursel (Taunus) nach dem BrSHG ausgestattet. Änderungen der bei der Eingliederung der Gemeinde vorhandenen Ausstattung (Fahrzeuge und Geräte) können nur nach Anhörung des Ortsbeirates vorgenommen werden.

- (4) Die Angehörigen der Freiwilligen Feuerwehr Weißkirchen (Taunus) können sich gemäß § 12 BrSHG in Verbindung mit § 7 der Satzung für die Freiwillige Feuerwehr der Stadt Oberursel (Taunus) vom 30.06.1969 in einem Verein zur Förderung der Freiwilligen Feuerwehr zusammenschließen.

§ 9

Die Friedhof

Die Friedhof im Stadtteil Weißkirchen bleibt grundsätzlich den Bewohnern dieses Stadtteils vorbehalten. Die Benutzung des Waldfriedhofes der Stadt Oberursel (Taunus) steht frei.

§ 10

Öffentliche Abgaben

(1) Steuern, Steuersätze

Die Steuern und die Steuersätze im Stadtteil Weißkirchen werden denen der Stadt Oberursel (Taunus) wie folgt angepasst:

- a) Grundsteuer A mit Wirkung vom 01.01.1973;
- b) Grundsteuer B mit Wirkung vom 01.01.1976;
- c) Gewerbesteuer nach Gewerbeertrag und Gewerbekapital mit Wirkung vom 01.01.1976;
- d) Wegfall der Mindestgewerbesteuer ab 01.01.1973;
- e) Lohnsummensteuer mit Wirkung vom 01.01.1973 mit 250 %, ab 01.01.1976 mit dem vollen Hebesatz;
- f) Getränkesteuer mit Wirkung vom 01.01.1975;
- g) Hundesteuer mit Wirkung vom 01.01.1975;
- h) Vergnügungssteuer mit Wirkung vom 01.01.1973.

(2) Gebühren, Beiträge

Für Gebühren und Beiträge gilt die in § 2 Abs. 1 getroffene Regelung mit folgenden Ausnahmen:

- a) Für die Wasserverbrauchs- Kanalbenutzungsgebühren gilt als Ablesestichtag für die Umstellung der 01.10.1973.
- b) Die Gebühren für die Benutzung des Friedhofs im Stadtteil Weißkirchen werden bis zum 31.12.1977 nur insoweit erhöht, als es die Erweiterungen der Anlagen oder allgemeine Kostensteigerungen erforderlich machen. Die Angleichung ist ab 01.01.1978 innerhalb der dann folgenden fünf Jahre stufenweise durchzuführen. Notwendige Gebührenerhöhungen durch Erweiterungen der Anlagen oder allgemeine Kostensteigerungen bleiben hiervon unberührt.

§ 11

Rücklagen, Schlüsselzuweisungen

- (1) Die am Tage der Eingliederung vorhandenen Rücklagen einschließlich des Barvermögens der bisherigen Gemeinde Weißkirchen (Taunus) sind im Sinne ihrer Zweckbindung ausnahmslos im Stadtteil Weißkirchen zu investieren.
- (2) Die sich aus der Verbesserung der Schlüsselzuweisungen gemäß § 9 Abs. 2 Nr. 3 FAG ergebenden Mehreinnahmen aus der Eingliederung der Gemeinde Weißkirchen (Taunus) und anderer Gemeinden werden unter Beachtung der Rechte des Ortsbeirates und der in § 12 dieses Vertrages getroffenen Vereinbarungen in angemessenem Verhältnis zur Finanzierung von Investitionsmaßnahmen im Stadtteil Weißkirchen verwendet.

§ 12

Investitionsmaßnahmen

- (1) Die Stadt Oberursel (Taunus) verpflichtet sich, die von der Gemeinde Weißkirchen (Taunus) beschlossenen bzw. in Angriff genommenen Maßnahmen fortzuführen. Es handelt sich dabei um folgende Projekte:
 1. Erschließungsanlage „Mauerfeld“
 2. Straßenbaumaßnahmen
 3. Bau eines vereinigten Hauptsammlers zur Kläranlage
 4. Erweiterung der Kläranlage
 5. II. Teil der Wasserversorgungsringleitung
 6. Errichtung von Kinderspielplätzen
 7. Bau einer Kindertagesstätte
 8. Bau von Altenwohnungen (mindestens 24 WE)
 9. Bau von Sozialwohnungen (mindestens 22 WE)
 10. Errichtung eines Gemeindezentrums
 11. Friedhofserweiterung
 12. Urselbachregelung
- (2) Die Stadt Oberursel (Taunus) erklärt sich bereit, die nachstehenden Investitionsmaßnahmen, die von der Gemeindevertretung der Gemeinde Weißkirchen (Taunus) am 22.03.1971 im Rahmen des Investitionsprogrammes beschlossen wurden, durchzuführen, soweit die Finanzierung sichergestellt werden kann. Es handelt sich hierbei um folgende Maßnahmen:
 1. Erschließung des Gewerbegebietes
 2. Errichtung einer Freizeit- und Parkanlage
 3. Errichtung eines Sportzentrums
 4. Ortssanierung
- (3) Über Änderungen dieses Investitionsprogrammes und über die zeitliche Rangfolge ist nach Anhörung des Ortsbeirates zu entscheiden.

§ 13

Bauleitplanung

- (1) Die rechtsverbindlichen Bebauungspläne der bisherigen Gemeinde Weißkirchen (Taunus) bleiben aufrecht erhalten.
- (2) Die noch nicht abgeschlossenen Planverfahren der bisherigen Gemeinde Weißkirchen (Taunus) werden im Sinne der Planungsabsichten zügig weitergeführt.
- (3) Für das gesamte Stadtgebiet ist unverzüglich nach der Eingliederung ein Flächennutzungsplan aufzustellen. Die in dem Entwurf eines Flächennutzungsplanes der bisherigen Gemeinde Weißkirchen (Taunus) enthaltenen Planungsziele, insbesondere die für die einzelnen Flächen festgelegten Nutzungsarten, sind zu übernehmen. Für die Planungsziele gelten die durch die Gemeindevertretung der Gemeinde Weißkirchen (Taunus) beschlossenen Planungsgrundsätze.

Die Gemarkungsbereiche entlang des Urselbaches, und zwar nördlich der Ortslage die Wiesen in Flur 11 und südlich der Ortslage die Wiesen in Flur 7, sind von jeglicher Bebauung freizuhalten und für die Naherholungszwecke auszuweisen und auszugestalten. Bis zur Rechtswirksamkeit eines neuen Flächennutzungsplanes gelten entsprechende Pläne der Gemeinde Weißkirchen (Taunus) fort.

- (4) Die im Zuge der weiteren Bauentwicklung und Verflechtung erforderlichen Verkehrsanlagen werden so gestaltet, dass der Durchgangsverkehr von den Wohngebieten ferngehalten wird.
- (5) Die Stadt Oberursel (Taunus) wird als beteiligter Träger öffentlicher Belange fordern, die Trasse der Stadtbahn so zu führen, dass
 1. der bestehende Haltepunkt erhalten bleibt und
 2. entsprechend den Entwicklungszielen für die Gemarkungsbereiche östlich der Frankfurter Landstraße im Kreuzungsbereich der L 3004/L 3019 ein weiterer Haltepunkt vorgesehen wird.
- (6) Die Stadt Oberursel (Taunus) wird sich darum bemühen, dass die Konzession für den Stadtbusbetrieb auch auf den Stadtteil Weißkirchen ausgedehnt wird. Linienführung und Haltestellen sind nach Anhörung des Ortsbeirates festzulegen. Sie wird sich außerdem für die Aufrechterhaltung der Taunus-Linie einsetzen, und zwar so lange, bis ein gleichwertiges Massenverkehrsmittel vorhanden ist.

§ 14

Unterhaltungsmaßnahmen

- (1) Die im Stadtteil Weißkirchen jeweils vorhandenen gemeindeeigenen Gebäude, Straßen, Wege, Plätze, Bachläufe und Brücken, die Be- und Entwässerungsanlagen sowie die Sport- und Freizeitanlagen werden in gleicher Weise unterhalten wie die entsprechenden Einrichtungen im übrigen Stadtgebiet.

Hierbei ist sicherzustellen, dass gegenüber dem bisherigen Unterhaltungsumfang keine Verschlechterung eintritt es sei denn, dass die Haushaltssituation dazu zwingt.

(2) Der Rathaussitzungssaal ist zu erhalten.

§ 15

Überwachung der Einhaltung des Vertrages

Die Aufsichtsbehörde soll den Vollzug dieses Vertrages überwachen.

§ 16

Inkrafttreten

Dieser Vertrag tritt nach aufsichtsbehördlicher Genehmigung spätestens mit Wirkung vom 01.07.1972 in Kraft, sofern die Hessische Landesregierung keinen anderen Zeitpunkt für die Eingliederung der Gemeinde Weißkirchen (Taunus) in die Stadt Oberursel (Taunus) bestimmt.

Oberursel (Taunus), den 23.12.1971

Für die Stadt Oberursel (Taunus)

(Siegel)

Der Magistrat
gez. Beil
Bürgermeister

gez. Pfaff
Erster Beigeordneter
und Stadtkämmerer

Weißkirchen (Taunus), den 23.12.1971

Für die Gemeinde Weißkirchen (Taunus)

(Siegel)

Der Gemeindevorstand
gez. Jung
Bürgermeister

gez. Fronapfel
Erster Beigeordneter

Genehmigt aufgrund des § 18 Abs. 1 der Hessischen Gemeindeordnung in der Fassung vom 01.07.1960 (GVBl. I S. 103) mit Wirkung vom 01.04.1972

Bad Homburg v.d.Höhe, den 29.03.1972

(Siegel)

Der Landrat
des Obertaunuskreises
gez. Gilles
Erster Kreisbeigeordneter

- Landeswappen -

Die Gemeinden Oberstedten, Stierstadt und Weißkirchen im Obertaunuskreis werden gemäß § 17 Abs. 2 in Verbindung mit § 16 Abs. 1 der Hessischen Gemeindeordnung in der Fassung vom 01.07.1960 (GVBl. I S. 103) mit Wirkung vom 01.04.1972 in die Stadt „Oberursel (Taunus)“ im Obertaunuskreis eingegliedert.

Wiesbaden, den 28.03.1972

Für die Hessische Landesregierung
Der Hessische Minister des Innern

in Vertretung

gez. Pohl
Staatssekretär